

IV.46

Demokratie und politisches System

Der Bundespräsident – Das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Henning Kulbarsch



© snapshot/future image/f.kern/Süddeutsche Zeitung Photo

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt Deutschlands. Er fertigt Gesetze aus, vertritt Deutschland völkerrechtlich und repräsentiert unser Land nach außen. Anders als sein institutioneller Vorgänger, der Reichspräsident der Weimarer Republik, ist der Bundespräsident jedoch nur mit wenigen konkreten Machtbefugnissen ausgestattet. Mit Ausnahme weniger staatlicher Notlagen übt er vor allem die Macht des Vorschlags aus. In dieser Kurzreihe wird beleuchtet, wie sich das Amt historisch entwickelt hat, welche Aufgaben der Bundespräsident hat und wie das Staatsoberhaupt ins Amt kommt. Die Reihe ist dabei aktuell bezug zur Wahl des Bundespräsidenten im Februar 2022.

KOMPETENZPROFIL

Dauer: 3 Unterrichtsstunden

Kompetenzen: Aufgaben und Rolle des Staatsoberhauptes verstehen; sich mit ausgewählten Bundespräsidenten näher auseinandersetzen; Aufgabe der Bundesversammlung kennenlernen; Medienkompetenzen Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren (1)

Thematische Bereiche: Bundespräsidentenamt, Bundesversammlung, bedeutende Amtsinhaber

Auf einen Blick

1. Stunde

Thema: Der Bundespräsident und sein Vorgänger

M 1 „Grüßaugust“ statt „Ersatzkaiser“? – Der Weg vom Reichspräsidenten zum Bundespräsidenten

M 2 Die Aufgaben und die Rolle des Staatsoberhauptes

M 3 Das Bundespräsidentenamt – Ein Überblick

Kompetenzen: Die Lernenden kennen die Aufgaben und Befugnisse des Reichspräsidenten der Weimarer Republik und verstehen, warum der Bundespräsident heute weniger Machtbefugnisse hat. Sie kennen die Aufgaben des Staatsoberhauptes sowie den Spezialfall des „Gesetzgebungsnotstandes“.

Benötigt: Internetzugang für Recherche

2. Stunde

Thema: Bedeutende Bundespräsidenten

M 4 Gustav Heinemann und Theodor Heuss – Weizsäcker – Der Bundespräsident und die Macht der Sprache

Kompetenzen: Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit den Verdiensten der Bundespräsidenten Heinemann und Weizsäcker auseinander.

Benötigt: Internetzugang für Recherche

3. Stunde

Thema: Bundesversammlung und die Präsidentenwahl 2022

M 5 Die Bundesversammlung – Deutsches Verfassungsorgan für nur einen Tag

M 6 Welche Einigkeit? – Steinmeiers Weg zur Wiederwahl

Kompetenzen: Die Lernenden kennen Aufgabe und Zusammensetzung der Bundesversammlung und mögliche Alternativen zur aktuellen Art der Präsidentenwahl. Sie erfahren, weshalb die Grünen erst nach einigem Zögern den Amtsinhaber Steinmeier unterstützen.

Benötigt: Internetzugang für Recherche

Die Aufgaben und die Rolle des Staatsoberhauptes

M 2

Der Bundespräsident bzw. die Bundespräsidentin hat weniger Macht und Aufgaben als der Reichspräsident der Weimarer Republik. Doch völlig machtlos ist er/sie nicht.

Aufgaben

1. Betrachten Sie das Schaubild. Nennen Sie die Aufgaben des deutschen Staatsoberhauptes.
2. Arbeiten Sie zu zweit. Erläutern Sie, was beim „Gesetzgebungsnotstand“ passiert.
3. Diskutieren Sie im Plenum die Frage, wie mächtig das deutsche Staatsoberhaupt sein sollte.



Begriffserklärung
 Der Bundeskanzler kann nach Artikel 68 GG die Vertrauensfrage stellen. Dies ist möglich, wenn er prüfen möchte, ob das Parlament ihn noch unterstützt. Spricht der Bundestag ihm nicht das Vertrauen aus, kann entweder der Bundestag eine/n neue/n Kanzler/in wählen oder dieser beim Bundespräsident die Auflösung des Bundestages sowie Neuwahlen beantragen.

Der „Gesetzgebungsnotstand“ – Das Staatsoberhaupt als Retter in der Not?

Eines vorneweg: Das hier beschriebene Szenario hat es in der Bundesrepublik noch nie gegeben. Es ist auch sehr unwahrscheinlich, dass es jemals eintritt. Sicherheitshalber enthält das Grundgesetz (GG) aber einen Artikel, der im Falle einer gegenseitigen Blockade von Bundestag und Bundesregierung dem Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin ermöglicht, einzugreifen. In Artikel 81 GG steht, dass im Falle einer gescheiterten **Vertrauensfrage** und wenn der Bundestag *nicht* aufgelöst wird, das Staatsoberhaupt mit Zustimmung des Bundesrates Gesetze erlassen kann, die von der Regierung zuvor als „dringlich“ bezeichnet, vom Bundestag aber abgelehnt wurden. Eine solche Situation wird dann als „Gesetzgebungsnotstand“ bezeichnet und darf maximal sechs Monate während der Amtszeit eines Bundeskanzlers dauern; Verlängerung ausgeschlossen. Zwar dürfen nach erstmaliger Erklärung des Notstandes auch andere Gesetze auf diesem Wege erlassen werden, das Grundgesetz darf aber nicht geändert werden. Das Staatsoberhaupt kann in einer Notlage also eingreifen, aber in einem engen Rahmen. Allerdings war der Bundestag bisher immer in der Lage, im Falle einer Regierungskrise einen neuen Kanzler oder eine neue Kanzlerin zu wählen.

© RAABE 2022

M 4

Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker – Der Bundespräsident und die Macht der Sprache

Der Bundespräsident hat nur wenig politische Macht. Stattdessen wirkt er durch seine Worte und Reden. Zwei Bundespräsidenten, denen das besonders gut gelungen ist, waren Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker.

Aufgaben

1. Lesen Sie den Text. Erläutern Sie, was die Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker historisch so bedeutsam macht.
2. Arbeiten Sie zu zweit. Vergleichen Sie Ihre Ergebnisse.
3. Diskutieren Sie im Plenum über die Verdienste Heinemanns und von Weizsäckers.
4. Recherchieren Sie auf der Website des Bundespräsidenten nach bedeutenden Leistungen anderer Bundespräsidenten.



Gustav Heinemann

Gustav Heinemann (SPD) amtierte von 1969 bis 1974 als dritter Bundespräsident Deutschlands. Der Jurist gehörte während der Zeit des Nationalsozialismus der „Bekennenden Kirche“ an, einer Gruppe evangelischer Christinnen und Christen, die das NS-Regime kritisch sahen. Damit war er der erste Bundespräsident, der Widerstand geleistet hatte. Heinemann war während der Weimarer Republik Mitglied einer liberalen Partei, nach dem Krieg dann der CDU. Er verließ die CDU, da diese sich für die Wiedervereinigung Deutschlands aussprach. Heinemann sah in der Gründung der Bundeswehr eine Gefahr für eine baldige Wiedervereinigung mit der DDR. 1957 wechselte er daher zur SPD und wurde später Bundesjustizminister. Sein Pazifismus prägte ihn, auch wenn er die Bundeswehr später akzeptierte und sogar Freundschaften mit führenden Offizieren pflegte. Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten 1969 arbeitete er daran, die Bürgerinnen und Bürger „mündiger“ zu machen, also kritischer gegenüber politischen Entscheidungen. Sie sollten die Handlungen von Parlament und Regierung mehr hinterfragen und eine kritische Öffentlichkeit bilden. Heinemann gilt daher als ein Bundespräsident, der sich besonders um die Demokratie und die demokratische Gesinnung der Deutschen verdient gemacht hat – zu einer Zeit, als viele Deutsche noch von den Einstellungen der NS-Zeit geprägt waren. Berühmt ist auch sein Ausspruch: „Ich liebe keine Soldaten, ich liebe meine Frau!“, mit dem er sich gegen übersteigertes Nationalbewusstsein aussprach. Auch sah er sich eher als „Bürgerpräsident“ denn als „Staatspräsident“ und empfing zu Empfängen bevorzugt Menschen wie Müllwerker, Zivildienstleistende, Krankenschwestern oder Arbeiter. Damit wollte er seine Verbundenheit zu den „einfachen Leuten“ ausdrücken.

Bild: © Bundesarchiv, Bild 146-2007-0037 / Bauer, Georg / CC-BY-SA 3.0



Die Bundesversammlung 2022 – Eine illustre Runde

		
Fußballer Leon Goretzka (SPD Bayern)	Virologe Christian Drosten (Grüne Berlin)	Exkanzlerin Angela Merkel (CDU Mecklenburg-Vorpommern)
		
Rapperin und Linguistin Reyhan Şahin (Lady Bitch Ray) (Linke Bremen)	Schauspielerin Reines Revies (SPD Nordrhein-Westfalen)	Krankenpfleger Alexander Jorde (SPD Niedersachsen)
		
Comedian Dieter Nuhr (CDU Nordrhein-Westfalen)	Sportler Johannes Vetter (CDU Baden-Württemberg)	Journalistin Ferda Ataman (Grüne Berlin)

© Rufus46 / Wikimedia cc by sa 3.0; IMAGO / Political-Moments; © Raimond Spekking / Wikimedia cc by sa 4.0; Christoph Kockelmann / Wikimedia cc by sa 4.0; Superbass / Wikimedia cc by sa 4.0; IMAGO / Revierfoto; Chell Hill / Wikimedia cc by sa 4.0; Heinrich-Böll-Stiftung / Wikimedia cc by sa 2.0

M 6

Große Einigkeit? – Steinmeiers Weg zur Wiederwahl

Der aktuelle Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) hatte schon Mitte 2021 erklärt, wolle wieder bei der Wahl zum Bundespräsidenten antreten. SPD und FDP unterstützten ihn sofort. Später kamen auch Grüne und CDU/CSU zu der Entscheidung, ihn wiederzuwählen.

Aufgaben

1. Lesen Sie den Zeitungsartikel und fassen Sie ihn in eigenen Worten zusammen.
2. Schauen Sie sich das Diagramm an. Erklären Sie, anhand des Textes und des Diagramms, warum die Grünen sich schließlich doch entschieden haben, Steinmeier zu unterstützen.
3. Nehmen Sie Stellung zur Forderung, nach Steinmeier müsse auf jeden Fall zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Frau Bundespräsidentin werden.

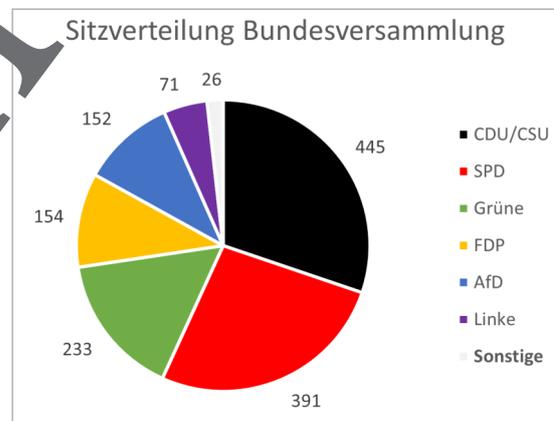


Die Grünen und die Wiederwahl Frank-Walter Steinmeiers

„Sie haben ausdauernd gezögert, nun haben sich die Grünen entschieden. Die Partei wird sich für eine zweite Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier einsetzen. Damit steht seiner Wiederwahl im Februar nichts mehr im Wege.“ Das langjährige Vorn der Grünen dürfte sich rückblickend mit der Regierungsbildung erklären, zum anderen auch mit der Tatsache, dass man sich in Partei und Fraktion durchaus auch mit anderen Kandidaten fürs höchste Staatsamt hätte vorstellen können, genauer gesagt eine Kandidatin ohne sozialdemokratisches Parteibuch. Dass mit Bundespräsident, Bundestagspräsidentin und Bundeskanzler die drei obersten Ämter im Staat nun von der stärksten Regierungspartei, nämlich der SPD, besetzt werden, ist nicht wirklich nach dem Geschmack der Grünen. Zudem versucht die Partei seit vielen Jahren, eine Frau in den Bundestag zu bringen, alternativ eine Persönlichkeit mit Migrationsbiografie. Eine Bewerberin oder einen Bewerber mit so überzeugendem Profil, dass sie oder er Steinmeier aus dem Amt hätte drängen können, konnten allerdings weder Grüne noch Union vorweisen. Denn auch wenn das Amt des Bundespräsidenten offiziell nicht Gegenstand der Koalitionsverhandlungen war: SPD-Verhandlungsführer Olaf Scholz hat dem Bundestag nahegelegt, für früh klargemacht, dass er an Steinmeier festhalten werde, die Personalie regelrecht unverhandelbar sei. Die FDP soll sich dieser Haltung schon bald angeschlossen haben, für welche Gegenleistung von Scholz auch immer.

Ob das späte Ja zur Steinmeier-Wahl den Grünen jetzt noch Vorteile bringt im Koalitionsgeheimnis, mag bezweifelt werden. Die Begeisterung über die Entscheidung hielt sich am Dienstag jedenfalls hörbar in Grenzen. Als noch problematischer wurde in der Grünen-Fraktion allerdings ein Szenario betrachtet, bei dem die Partei zusammen mit der Union einen Bundespräsidenten aus dem Amt jagt, den beide Koalitionspartner unterstützen. So viel Krach gleich zu Beginn der Legislatur? Auch aus grüner Sicht keine verlockende Perspektive. [...]“

© Bullion, Constanze von: Grüne ebnen den Weg für zweite Amtszeit Steinmeiers, <https://www.sueddeutsche.de/politik/steinmeier-bundespraesident-gruene-1.5500808>, Zugriff: 19.02.2022.



Hinweis

Die „Sonstigen“ setzen sich in der Bundesversammlung wie folgt zusammen:

Freie Wähler: 18

Sitze

SSW: 2 Sitze

Fraktionslose: 6

Sitze

Sie wollen mehr für Ihr Fach?

Bekommen Sie: Ganz einfach zum Download im RAABE Webshop.



✓ **Über 5.000 Unterrichtseinheiten**
sofort zum Download verfügbar

✓ **Webinare und Videos**
für Ihre fachliche und
persönliche Weiterbildung

✓ **Attraktive Vergünstigungen**
für Referendar:innen
mit bis zu 15% Rabatt

✓ **Käuferschutz**
mit Trusted Shops



Jetzt entdecken:
www.raabe.de